

4496/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac,
Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die geplanten Vorhaben des Vereines "Freie
Exekutivgewerkschaft Österreichs"
Anlässlich einer Pressekonferenz des Vereines "Freie
Gewerkschaft Österreichs" (FGÖ) am
27. Mai 1998 im Cafe Landtmann gab dessen Präsident Josef
Kleindienst die Gründung des
Vereines "Freie Exekutivgewerkschaft Österreichs" (FEG)
bekannt. Dieser Verein wird sich
unter anderem zum Ziel setzen, seinen Mitgliedern einen
"aktiven Ehrenschutz" zu gewähren,
indem bei Beschwerden gegen FEG - Mitglieder ungeprüft mit
Strafanzeigen und
zivilrechtlichen Klagen gegen den jeweiligen
Beschwerdeführer vorgegangen werden soll.
Gerade in Zuge der Budgetdebatte zum Kapitel Inneres wurde
zu Recht auf Maßnahmen, die
der Exekutive ein positives Image verschafft haben, sowie
auf die erfreuliche Entwicklung des
Kontakts zwischen der Exekutive und den hilfesuchenden
Bürger/innen hingewiesen.
Die geplante Aktion des Vereines "Freie Exekutivgewerkschaft
Österreichs" kann sicherlich
nicht im Interesse der Exekutive sein, da die vielen
Beamtinnen und Beamten, die mit großem
Pflichtbewußtsein und Engagement ihre Aufgabe erfüllen, kein
Interesse haben, daß Übergriffe
nicht geahndet und "schwarze Schafe" innerhalb der Exekutive
geschützt werden.
Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den
Bundesminister für Inneres
nachstehende
Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie die oben erwähnte Ankündigung des
Präsidenten des Vereines "Freie
Gewerkschaft Österreichs"?
2. Sind Sie der Meinung, daß es dem Image der Exekutive
förderlich ist, mit derartigen
Einschüchterungsversuchen die durch ein möglicherweise nicht
korrektes Verhalten eines
Exekutivbeamten betroffenen Bürger/innen mundtot zu machen?

3. Wie wollen Sie sicherstellen, daß das Beschwerderecht der Bürger/innen auch in Hinkunft gewährleistet wird?